

Anträge und Anfragen der CDU-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2006

Stadt Bocholt
Herrn
Bürgermeister Nebelo
Berliner Platz 1

Bocholt, den 22.1.2006

46395 Bocholt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nebelo,

die CDU-Fraktion stellt zum Haushaltsplan 2006 folgende Anfragen und Anträge:

Zum Thema Bürokratieabbau, von welchen bedeutungslosen Beteiligungen kann die Stadt sich trennen?

Der Verwaltungsaufwand steht vermutlich in keinem Verhältnis zum Sinn einiger Beteiligungen.

In 2006 ist das Management für den Fuhrpark dem ESB übertragen, wir bitten um einen Bericht über das Ergebnis zum Jahresende.

Wie kann zukünftig innerhalb der Organisation gewährleistet werden, dass bei Fehlzeiten von Mitarbeitern eine Vertretung innerhalb der Bereiche gesichert wird? Beispiel Seniorenbüro.

Welche Leistungen werden von der Stadt Bocholt erbracht und finanziert, bei denen es sich um Kreisaufgaben handelt? Wie hoch sind die Kosten für diese Aufgaben?

Die CDU-Fraktion bittet um eine Auflistung aller freiwilligen Leistungen der Stadt mit Angabe der Zuschusshöhe.

Die CDU-Fraktion fordert die Verwaltung auf, alle Kosten für Altersteilzeit in einer gesonderten Haushaltsstelle als zu verbuchen, damit die Personalkosten der Fachbereiche aussagefähiger sind.

Sind alle Verpflichtungsermächtigungen, die im Haushalt veranschlagt sind, in der Schuldenprognose enthalten? (einschl. Deponie)

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag beim Land eine weitere Hauptschule als Ganztagschule zu beantragen.

Wie entwickeln sich die Schülerzahlen in Bocholt in den nächsten Jahren?

Um Lenkungsmöglichkeiten überprüfen zu können erbitten wir diese Zahlen getrennt für die Grundschulen, Realschulen und für die Gymnasien.

Die CDU-Fraktion beantragt, dass in einer der kommenden Sitzungen des JHA das Konzept der „Jugenderholungsmaßnahmen“ detailliert vorgestellt wird. Angesichts knapper finanzieller Mittel

besteht bei der CDU-Fraktion ein großer Informationsbedarf darüber, welche Möglichkeiten es für Kinder und Jugendliche in Bocholt gibt, die nicht in die Ferien fahren können.

Wie weit ist die Stadt Bocholt mit der Umsetzung des pädagogischen Konzepts bei der Jugendfreizeitstätte JIM? Sind – auch vor dem Hintergrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse (Shell-Studie, etc.), die teilweise eine mangelnde Akzeptanz der Jugendfreizeitstätten durch Jugendliche zeigen, Änderungen der bisherigen Konzeption sinnvoll? Die CDU-Fraktion regt hierzu eine Debatte im JHA an.

Die CDU-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung in diesem Jahr die Voraussetzungen für die Durchführung einer „Jugendbefragung“ in Bocholt im Jahr 2007 aufnimmt. Die letzte Jugendbefragung in Bocholt liegt mittlerweile ein Jahrzehnt zurück und hat Politik und Verwaltung eine entsprechende Grundlage gegeben, im Sinne der Kinder und Jugendlichen notwendige Korrekturen der bisherigen Politik vorzunehmen (z.B. Neukonzeption der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Schaffung von Streetballplätzen etc.) Es ist an der Zeit, dass eine erneute Jugendbefragung in Bocholt stattfindet, die als Grundlage der Jugendpolitik in den kommenden zehn Jahren dienen kann.

Die CDU-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung in einer der kommenden Sitzungen in JHA darüber berichtet, wann und in welcher Form die nächsten „stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendkonferenzen“ stattfinden werden. Wichtig erscheint uns dabei, dass die Schulen stärker als bisher an diesem Konzept beteiligt werden. Ist dies nach Auffassung der Verwaltung möglich?

Wann wird dem Rat die Kalkulation für die Feuerwache und ein Finanzierungsplan vorgelegt?

Wie hoch sind die Sanierungskosten für das Euregio-Gymnasium?

Wann muss die Sanierung beginnen?

Die CDU-Fraktion beantragt, die Finanzierung in Abstimmung mit den Nachbargemeinden vorzulegen.

Welche Gebäude und Liegenschaften können zur Reduzierung der Schulden veräußert werden?

Wie weit sind die Planungen zur Zusammenlegung der städtischen Bauhöfe, welche Synergieeffekte werden erwartet?

Ab 2007 sind im Haushaltsplan keine Ausgaben für die Straßenbeleuchtung enthalten.

Warum ist im Wirtschaftsbudget kein Ansatz enthalten, wenn geplant ist die Beleuchtung zu verkaufen?

Eine Einnahme für den Verkauf ist ebenfalls nicht im Haushalt enthalten

Für einen Verkauf gibt es bisher keine Vorlage der Verwaltung für einen Ratsbeschluss.

Für die techn. Ausrüstung der Kläranlage ist der Austausch der vorhandenen Rechenanlage mit Kosten von 200.000 € geplant und zusätzlich die Sanierung des Nachklärbeckens.

Wir beantragen diese Positionen zu sperren, um die Möglichkeit einer Reparatur zu überprüfen. Die Entscheidung soll dann im zuständigen Ausschuss fallen.

Im Abwasserbeseitigungsgesetz sind neue Rahmenbedingungen enthalten.

Welche Konsequenzen haben diese Veränderungen für die Kalkulation der Gebühren?

Die vorgesehene Beschaffung der Glättemeldeanlage wird voraussichtlich nicht mehr in diesem Winter zum Einsatz kommen können. Wir beantragen die Sperrung dieser Position, die Freigabe oder Streichung dieser Investition erfolgt im Bauausschuss.

Wer sind die Nutznießer des Stauwehrs Eisenhütte?

Ist eine Kostenbeteiligung der Nutznießer möglich und überprüft?

Die CDU-Fraktion beantragt, dass alle alternativen Ausführungen für das Stauwehr im Ausschuss vorgestellt werden.

Im Beiheft ist zum Benölkenplatz angeführt, dass der Ausbau notwendig ist,

Gibt es Zusagen an die Justizverwaltung zum Ausbau des Platzes?

Warum erfolgte keine Veranschlagung im Haushaltsplan?

Warum ist für ein Klageverfahren für die Ortsumgehung kein Ansatz im Haushalt vorhanden?
(siehe Erläuterung zur Deponie)

Im Haushalt 2005 waren insgesamt 8,7 Mio € für die Deponie angesetzt.

Lt. Beiheft 2005 belaufen sich die Kosten für den 1. Abschnitt der Abdichtung auf 6 Mio €.

Darüber hinaus ist ein Klageverfahren anhängig, der Streitwert **muss** durch Haushaltsmittel gedeckt sein, so die Erläuterung im Beiheft. Demnach beträgt der Ansatz für das Klageverfahren 2,7 Mio €.

Im Nachtrag 2005 ist der Betrag auf 1.046 Mio € reduziert worden, da erkennbar war, dass diese Beträge in 2005 nicht in voller Höhe fällig werden.

Wenn es in 2005 verpflichtend war, dass der Streitwert durch Haushaltsmittel gedeckt sein muss, was hat sich verändert, diesen Ansatz in 2006 ganz zu streichen?

Der Bestand der Rücklage für die Deponie stellt sich zu Ende 2005 auf ca. 13 Mio €.

Lt. Haushaltsplan 2006 sind Ausgaben in Höhe von 9,8 Mio € veranschlagt, einschl. des Streitwertes für das Klageverfahren in Höhe von 2,7 Mio € ist die Rücklage fast aufgezehrt.

Sind für Ausgaben im Wirtschaftsbudget der Deponie ebenfalls Entnahmen aus der Rücklage geplant?

Im Haushaltsplan 2005 sind für die Jahre 2007 und 2008 jeweils 2,6 Mio € veranschlagt und zusätzlich ist im Haushaltsplan 2005 eine VE in Höhe von 2,6 Mio € enthalten.

Im Haushalt 2006 ist für die Folgejahre der Ansatz auf 0 gesetzt, aber die VE auf 6,15 Mio erhöht worden.

Warum sind die Haushaltspositionen verändert und teilweise in eine VE umgewandelt worden?

Ist der Betrag der VE mit 6,15 Mio € in der Schuldenprognose enthalten, da diese Aufwendungen nicht mehr durch die Rücklage gedeckt sind?

Mit freundlichen Grüßen

CDU-Fraktion

Herbert Panofen

Fraktionsvorsitzender